

isch-ruthenischen Gebieten der Adelsrepublik vom 17. bis 20. Jh.“ vermittelt einen Einblick in die komplizierten Verhältnisse der östlichen Regionen Polen-Litauens nach der Lubliner Union. Manche seiner Thesen, wie die der integrierenden Funktion des Begriffs „Sarmatien“ im Bewußtsein der polnisch-litauischen Adelsgesellschaft – aufschlußreich ist der Hinweis, daß im 17. Jh. der Sarmatismus Kennzeichen einer spezifisch polnischen, mit dem Barock und der Gegenreformation verbundenen Adelskultur annahm – regen zur intensiveren Beschäftigung mit diesem Forschungsgegenstand an. Weitere Beiträge befassen sich mit der Konzeption des Landesbewußtseins in der Habsburgermonarchie 1815-1848, den nationalen Problemen in den litauisch-weißrussischen Gebieten am Anfang des 20. Jhs. und zwei Konzeptionen der nationalen Wiedergeburt Litauens am Ausgang des 19. Jhs.

Berlin

Stefan Hartmann

*Katharina II., Rußland und Europa. Beiträge zur Internationalen Forschung. Hrsg. von Claus Scharf. (Veröff. des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. für Universalgeschichte, Beiheft 45.) Philipp von Zabern Verlag, Mainz 2001. XXIII, 607 S. –* Das wiedererwachte Interesse am russischen 18. Jh. hat in diesem umfangreichen Sammelband, Ertrag einer internationalen Konferenz des Instituts für Europäische Geschichte Mainz in Zerbst vom August 1996, seinen Niederschlag gefunden. Von den 26 Beiträgen ist hier v.a. anzuzeigen: Martin Schulze Wessel (Halle): „Die Restitution Biron zum kurländischen Herzog 1762 als Zäsur in der russischen Ostmitteleuropapolitik des 18. Jahrhunderts“ (S. 59-73). Während bei Peter dem Großen die Wahrnehmung realer Interessen überwog, konnte Katharina II. die Überlegenheit der gewachsenen russischen Macht zur Geltung bringen und die russische Preußenpolitik mit einer neuen Dynamik erfüllen. Biron wird dabei als diplomatisches „Scharnier“ gesehen. Zofia Zielińska (Warschau) stellt in ihrem Beitrag „Katharina II. und Polen zu Beginn der Regierungszeit von Stanisław August: Politische Ziele und mentale Archetypen“ (S. 75-84) fest, daß Katharina in der Polenfrage die Konfrontation wählte; ihr einschränkendes Gesamturteil geht dahin, daß die russische Kaiserin eher emotional als rational reagiert habe. Einen Hinweis verdient schließlich die Aktenzählung von Karl Härter (Frankfurt/Main): „Möglichkeiten und Grenzen der Reichspolitik Rußlands als Garantmacht des Teschener Friedens (1788-1803)“ (S. 133-181). Nach dem Vf. bedeutete Rußlands Garantie „die völkerrechtliche Anerkennung der in den Verträgen von Münster und Osnabrück grundlegend fixierten Reichsverfassung“ (S. 181).

Berlin

Klaus Meyer

*Rainer Schmidt: Die Wiedergeburt der Mitte Europas. Politisches Denken jenseits von Ost und West. (Politische Ideen, Bd. 12.) Akademie Verlag, Berlin 2001. 196 S. (DM 97,40.) –* In der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und Hitlers „Machtergreifung“ sei, so R. Schmidt, die im 19. Jh. viel diskutierte Mitteleuropa-Idee in fast vollständige Vergessenheit geraten (S. 64). Er stützt sein Urteil auf H. C. Meyers 1955 erschienene Studie über die Bedeutung Mitteleuropas im deutschen politischen Denken zwischen 1800 und 1945. Dabei übersieht er aber, daß die Forschung seither den Nachweis dafür erbracht hat, daß gerade die Zwischenkriegszeit als Kulminationspunkt insbesondere der deutschen Mitteleuropadiskussion gesehen werden muß, weil sie als ein Ansatzpunkt zur Aushebelung der Versailler Friedensregelung geeignet schien. Insofern ist auch Sch.s These von der „Selbstzerstörung Mitteleuropas im Zweiten Weltkrieg“ (S. 64-68) falsch, da sie so etwas wie eine politische Einheit Mitteleuropas voraussetzt. Diese hat es niemals gegeben. Was indes zerstört wurde, war eine Option auf die Zukunft, ein möglicher Ansatz auf dem Weg zur Überwindung der vom Nationalismus gezogenen Gräben in der mitteleuropäischen Staatenwelt infolge der Vergewaltigung dieser facettenreichen und vielschichtigen Idee durch NS-Deutschland. Dennoch konnte die Idee überleben: Der systemische Konflikt der Nachkriegszeit ließ die Schaffung eines neu zugeschnittenen Mitteleuropa der „ostmitteleuropäischen“ Staaten als „dritter Weg“ zwischen Ost und West manchen ostmitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen attraktiv erscheinen, möglicherweise gerade weil dessen Chancen auf Verwirklichung gleich Null waren. Der Vf. vermag zu zeigen, daß diese Idee auch westlich des „Eisernen Vorhangs“ Anziehungskräfte zu entfalten vermochte. Wenn er jedoch resümierend feststellt, daß die anstehende Osterweiterung der Europäischen Union einer neuen Form mitteleuropäischer Identität den Weg bereiten könnte, übersieht er, daß es sich bei der EU um ein genuin westeuropäisches Erzeugnis handelt, dessen

Strukturen sich alle künftigen Neumitglieder anpassen müssen. Und Sch. übersieht auch, daß jeder Gedanke an „Mitteleuropa“ immer eine Teilung Europas mit einschließt. Eine solche Teilung hat es schon einmal gegeben, und sie hat in die beiden großen Katastrophen des 20. Jhs. geführt. Sie konnte erst durch die europäische Integration der Nachkriegszeit überwunden werden, die der „Alten Welt“ die längste Friedensperiode ihrer Geschichte bescherte. Schon deshalb sollte jeder Renaissance eines wie auch immer gestalteten „Mitteleuropa“ mit größerer Skepsis begegnet werden, als es hier geschieht!

Köln

Jürgen Elvert

*Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: die 60er bis 80er Jahre. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Hrsg. von Wolfgang Eichwede. (Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8.) Edition Temmen. Bremen 2000. 472 S., zahlr. Abb. – Vom 10. September bis 29. Oktober 2000 fand in der Akademie der Künste in Berlin eine Ausstellung zur alternativen Kultur in Zentral- und Osteuropa statt, die von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen projiziert wurde. Der hier anzuzeigende Band enthält zum einen den Ausstellungskatalog mit den Fotografien der 885 Exponate und ihr genaues Verzeichnis. Zum andern ist dem Katalog ein fast 200 Seiten starker Textteil vorangestellt. In über 20 Beiträgen wird hier der Kontext vorgestellt, in dem die Exponate entstanden sind, und es werden Einzelaspekte der alternativen Kulturszene der DDR, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns und der Sowjetunion beleuchtet. So zeichnet etwa Wolfgang Eichwede, der für Konzeption und Leitung der Ausstellung verantwortlich war, die Bedeutung des Samizdat für die Entwicklung des politischen und intellektuellen Lebens in den genannten Ländern nach. Dietrich Beyrau untersucht die Rolle von Dissens und Bürgerrechtsbewegungen. Jan Pauer skizziert Tätigkeit und Bedeutung der „Charta 77“, Miklós Haraszti zwei Jahrzehnte ungarischen Samizdat und Leszek Szaruga die Untergrundpresse in Polen. Eingegangen wird jedoch auch auf „Ästhetische Widerstandslinien der polnischen Nachkriegskunst“ (Wolfgang Schlott), die tschechische Kunst 1968-1989 (Karel Šrp), „Moskauer Kulturszenen“ (Sabine Hänsgen) und „DDR-Kunst zwischen Staat und Underground“ (Christoph Tannert). Insgesamt entsteht so ein konturenreiches Panorama der alternativen Kulturszene in den letzten beiden Jahrzehnten des Realsozialismus. Die Organisation der Ausstellung muß unglaublich arbeitsaufwendig gewesen sein. Das Resultat, festgehalten in einem Band mit gut ausgestattetem Katalogteil und teilweise exzellenten Textbeiträgen, zeigt, daß es die Mühe wert war.*

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

*Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft. Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas. Hrsg. von Klaus Ziemer. (Osteuropafor-schung, Bd. 40.) Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 2000. 263 S., Tab. (DM 64,-) – Mit dem vorliegenden Band setzt die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ihr verdienstvolles Bemühen fort, die Abwicklung des größten Sozialexperimentes unserer Zeit, die Transformation der vormals kommunistischen Länder Europas, zu beschreiben. Abgedruckt sind acht Beiträge einer Tagung der Fachgruppe Politikwissenschaften im Jahre 1997, die sich mit den intermediären Instanzen zwischen Staat und Gesellschaft auseinandersetzt. Vier der in unterschiedlichem Grade aktualisierten Aufsätze befassen sich mit Parteien, Gewerkschaften, Massenmedien und Kirchen, der letztgenannte leider ohne jegliche Literaturangabe. Ein weiterer ist – wie die meisten anderen länderübergreifend – der Umgestaltung von Militär, Polizei und Sicherheitsdiensten gewidmet und damit nur bedingt dem Oberthema zuzuordnen. Die übrigen Beiträge behandeln die Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft in allgemeiner Form. Es werden der ordnungspolitische Rahmen dieser Vermittlung, der Aufbau einer Zivilgesellschaft und der Elitenwechsel thematisiert. Wie im Vorwort angekündigt, liegt dabei der Akzent auf der zeithistorischen, vor allem an empirischen Fragestellungen ausgerichteten Beschreibung der Konsolidierung der neuen Ordnung. Eine stärker theoretisch orientierte Analyse der betreffenden Phänomene wird man wohl erst in geeignetem zeitlichen Abstand erwarten dürfen.*

Marburg/Lahn

Karl von Delhaes